

Pressemitteilung

Selbstbestimmung sichern mit professioneller Betreuung

Auftakt der Jahrestagung des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen

Willingen, 19.4.2013 - Die Selbstbestimmung von Betreuten steht im Zentrum der Jahrestagung des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen, die vom 18. bis 20. April im hessischen Willingen stattfindet.

"Das Recht auf Selbstbestimmung hat einen unschätzbaren Wert. Die weitest mögliche Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens war von Anfang an Ziel des Betreuungsrechts." Dies schrieb Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) in einer Grußbotschaft, die Ministerialdirektorin Beate Kienemund zu Beginn der Tagung überbrachte. Darin sagte sie zum Thema Zwangsbehandlung: "Mir ist bewusst, welche wichtige Rolle Berufsbetreuer dabei einnehmen, um Betreute auf dem Weg zu einer – auch noch in Grenzsituationen des Lebens - selbstbestimmten Behandlung zu unterstützen. In diesem Zusammenhang sicherte die Ministerin ihre Unterstützung bei Befreiung von der Umsatzsteuer zu.

Der Staatssekretär im hessischen Ministerium für Justiz, für Integration und Europa, Dr. Rudolf Kriszeleit (FDP), würdigte die Leistungen von Berufsbetreuern/innen: "Wir haben großen Respekt vor der Arbeit der Berufsbetreuer. Diese Arbeit ist nicht einfach. Sie wird vom gesetzlichen Rahmen her nicht ausreichend definiert. Wir sehen die Notwendigkeit, dass es, wenn Familienbetreuung nicht möglich ist, Berufsbetreuer, die ihre Arbeit professionell versehen, geben muss."

Die Redner/innen der Einführungsreferate sahen in der "unterstützten Entscheidungsfindung" das beste Instrument zur Vermeidung von Zwangsbehandlungen – eine Linie, die der BdB seit langem verfolgt und begrüßt.

Der Präsident des Sozialverbands Deutschland (SoVD), Adolf Bauer, forderte in seinem Beitrag zu "Betreuung und Zwangsbehandlung aus behindertenpolitischer Sicht", die Weiterentwicklung des Betreuungsrechts zugunsten Betroffener. Es müsse mehr mit Betreuten gesprochen werden, um eine unterstützte Entscheidungsfindung zu erreichen, so Bauer. Betreuer/innen brauchen mehr Zeit für ihre Klienten.

Ulrich Engelfried von der Neuen Richtervereinigung sprach über "Möglichkeiten der Betreuung unter den neuen gesetzlichen Vorgaben zur Zwangsbehandlung". Er forderte mehr Kompetenzen für Betreuer/innen: "Sie müssen mehr denn je in den Entscheidungsprozess über Zwangsbehandlungen einbezogen werden. Sie sind Interessenvertreter ihrer Klienten, keine "verlängerten Arme" der Ärzteschaft. Ihr Wissen und ihre Kompetenz sind zu nutzen und dürfen nicht länger ignoriert werden."

Marianne Schulze, Vorsitzende des österreichischen Monitoring-Ausschusses zur Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention, widmete sich der Situation in der Alpenrepublik. Dort ist das erklärte Ziel, die sogenannten Sachwalterschaften künftig zu ersetzen. Sie sagte: "Die Verwirklichung von unterstützter Entscheidungsfindung erfordert einen gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel".

Der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen engagiert sich seit Jahren dafür, Betreuten zu mehr Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu verhelfen. Zu den Kernforderungen des BdB zählen die Erhöhung des Zeitbudgets von aktuell durchschnittlich 3,2 Stunden pro Klient und Monat auf 5 Stunden, die Professionalisierung des Berufs Betreuung, die sozialrechtliche Verankerung der Betreuung sowie die Etablierung eines Be- und Versorgungssystem, das hilft, Zwangsbehandlungen zu vermeiden.

Pressekontakt:

Bettina Melzer

nic communication & consulting, Danckelmannstraße 9b, 14059 Berlin

Tel: 030 – 30 30 630, email: bm@niccc.de

Über den BdB:

Der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. (BdB) zählt mehr als 6.000 Mitglieder. Er ist die größte Interessenvertretung des Berufsstandes "Betreuung". Der BdB vertritt die Interessen seiner Mitglieder in bundes- und landespolitischen Gremien. Der Verband fördert die Professionalisierung von Berufsbetreuung und verfolgt das politische Ziel, Betreuung als anerkannten Beruf zu etablieren. Er setzt sich für die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Betreuungsarbeit ein. Der BdB bietet Service- und Dienstleistungen wie Rechtsberatung, unterstützende PC-Software oder Versicherungsleistungen.